

Vietnam auf dem Weg zur „Marktwirtschaft sozialistischer Prägung“

Ein Erfahrungsbericht von einer sozial- und gewerkschaftspolitischen Seminarreise
der RLS zu Partnern in Vietnam

23. September - 03. Oktober 2014

aus Einzelberichten der Teilnehmenden, zusammengestellt von Alexander Schröder,
mit einem Vorwort von Peeter Raane



Prof. Thach, die RLS-Reisegruppe und Mitarbeiterinnen der RLS SEA vor dem NAPA-Büro in Hanoi

Vorwort von Peeter Raane

Vom 22. September bis 3. Oktober 2014 nahmen 10 aktive Ehrenamtliche aus der Bildungsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) an einer Seminarreise nach Vietnam teil. In Hanoi (Institut für wissenschaftlichen Sozialismus der Ho-Chi-Minh – Akademie und an der Hochschule der Gewerkschaften) und in den Universitäten von Hué und Ho-Chi-Minh City (HCMC) diskutierten sie in meist eintägigen Seminaren über aktuelle Probleme Vietnams und deutsche Erfahrungen zum Themenkomplex „Gewerkschaften und Arbeitnehmer“.

Staat und Gesellschaft Vietnams sind in einem Transformationsprozess, hin zu einer „Marktwirtschaft sozialistischer Prägung“. Das Land hat sich eine neue Verfassung gegeben, die nun umgesetzt werden soll. Dafür waren die Beiträge der deutschen Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmer zu Fragen des individuellen Arbeitsrechts, der Rolle der Betriebsräte, Forderungen zur Situation der arbeitenden Frauen aus feministischer Sicht und die Schwierigkeiten bei Gewinnung von Gewerkschaftsmitgliedern in Kleinbetrieben von besonderem Interesse. Das galt auch für das deutsche System der Berufsausbildung und die Situation und sozialen Rechte der Flüchtlinge in Deutschland.

Neben diesen Seminaren gab es eine Reihe von Begegnungen mit Partnern des RLS-Büros Hanoi, zum Beispiel mit der legendären Verhandlungsführerin der Südvietnamesischen Befreiungsfront FLN bei den Pariser Friedensverhandlungen 1969 bis 1974, Madame Binh. Sie war Erziehungsministerin des vereinigten Vietnams, Außenministerin und stellvertretende Ministerpräsidentin. Heute ist sie als Vorsitzende der Vietnam Peace and Development Foundation (VPDF) – praktisch die Außenpolitische Gesellschaft Vietnams – eine kritische Begleiterin der aktuellen Politik.

Es war bemerkenswert, in welcher Offenheit und wie kontrovers die aktuellen Probleme Vietnams in den Seminaren diskutiert wurden – zum Beispiel über die Ursachen der vielen Streiks oder den zum Teil schrecklichen Wohnverhältnissen der früheren Landarbeiter, die in die Städte strömen und denen ihr Land oft unter ungesetzlichen Bedingungen oder bei lächerlich geringen Abfindungen abgenommen wurde. Immer wieder gab es den Appell an die Verwaltung, kritischer mit den politischen Anweisungen von oben umzugehen und mehr auf die betroffenen Menschen zu hören.

Zur RLS-Gruppe gehörten u.a. eine Arbeits- und Sozialrechtsprofessorin, aktive GewerkschafterInnen, MitarbeiterInnen der Arbeitsverwaltung,

AktivistInnen in Wohnungs- und Flüchtlingsinitiativen, BildungsexpertInnen und StipendiatInnen der Stiftung. Nicht nur die fachliche Kompetenz, sondern auch die ausgewogene Alters- und Geschlechterzusammensetzung der Gruppe wurde von den vietnamesischen Partnern anerkennend wahrgenommen. Von den jeweils fünf Frauen und Männern waren drei über 60 Jahre alt und sieben zwischen 28 und 40 Jahren.

Der folgende Erfahrungsbericht soll den beeindruckenden Wissensgewinn und Erfahrungsaustausch veranschaulichen, der mit der Reise möglich wurde. Der Bericht ist weitgehend chronologisch geordnet, mit den Stationen Hanoi, Hue und HCMC in dieser Reihenfolge. Auf der Webseite der Rosa Luxemburg Stiftung Southeast Asia (RLS SEA) finden sich weitere englischsprachige Berichte: <http://rls-sea.de/blog/category/latest-news>

Vietnam auf dem Weg zur „Marktwirtschaft sozialistischer Prägung“
Ein Erfahrungsbericht von einer sozial- und gewerkschaftspoliti-
schen Seminarreise der RLS zu Partnern in Vietnam,
23. September - 03. Oktober 2014

**24.09.2014, Hanoi: Gewerkschaftsschule und
deutsche Botschaft**

Zwischen dem 23. und 26. September hielt sich die RLS-Delegation auf Einladung der NAPA-IS in Hanoi auf. Ein RLS-Praktikant und zwei Mitarbeiterinnen halfen der Delegation bei der Orientierung wie auch beim ersten informellen Austausch mit der vietnamesischen Seite.

Am 24. September gab es im Gebäude der Gewerkschaftsschule in Hanoi ein erstes offizielles Treffen. Peeter Raane führte in seinem Vortrag in die Rolle der Gewerkschaften und Betriebsräte in Deutschland ein. Vor allem der Ursprung der Betriebsräte aus der Novemberrevolution 1918 und den Arbeiter- und Soldatenräten, die Rolle der proletarischen Selbstorganisation im Kampf gegen den deutschen Faschismus und die Einbettung der ArbeiterInnenorganisationen in die soziale Marktwirtschaft der deutschen Gesellschaft waren sicher sehr spannende Punkte für alle Beteiligten. Die „sozialpartnerschaftliche“ Lösung von betrieblichen und tariflichen Konflikten in Deutschland interessierte die vietnamesischen TeilnehmerInnen wohl am meisten.

Am Abend trafen wir Dr. Felix Schwarz von der Deutschen Botschaft. Das Gespräch mit ihm war äußerst informativ und angenehm. Er beantwortete alle Fragen kompetent und äußerst präzise und gab ein nachvollziehbares Bild der Arbeit vor Ort.

**25.09.2014, Hanoi: Workshop
“Gewerkschaften und Arbeitnehmer“**

Der 25.9.2014 war geprägt durch den intensiven internationalen Workshop “Gewerkschaften und Arbeit- deutsche Erfahrungen und vietnamesische Praxis”, der mit sieben thematisch geordneten deutschen und vietnamesischen Vorträgen mehr als ausgefüllt war. Auf die Vorträge folgten mehrere, teils heiße Diskussionsrunden vor allem zwischen den vietnamesischen

Teilnehmenden, was nur dank der guten Simultanübersetzung ohne Zeitverluste möglich war.

Prof. Dr. Nguyen An Ninh riss in einem einleitenden Beitrag die Probleme in den Arbeitsbeziehungen in Vietnam an und forderte zu offener und ehrlicher Kritik auf. In den letzten Jahren hat es in Vietnam über 1.000 Streiks gegeben, von denen etwa 80 Prozent in den Unternehmen mit Auslandskapital stattfanden (andere Gesprächspartner sprachen sogar von 3.000 im Jahr). Diese Streiks werden aber nicht von den Gewerkschaften unterstützt, sondern sind wilde Streiks. Nur ein geringer Teil von etwa 3 Prozent der ArbeiterInnen hat eine Berufsausbildung. Da Vietnam auf qualitativ hochwertig Produktion setzt, seien viele ArbeiterInnen den Anforderungen nicht gewachsen.

Im ersten Block referierten Prof. Dr. Helga Spindler, em. Professorin für Arbeitsrecht, Sozialrecht und öffentliches Recht von der Universität Duisburg-Essen zum Thema: Individuelles Arbeitsrecht, Soziale Sicherungssysteme und soziale Mindestsicherung in Deutschland. Prof. Helga Spindler hob in ihrem Vortrag die staatliche, rechtliche Absicherung der ArbeiterInnen in Deutschland seit Ende des 19. Jahrhunderts als deutsche Besonderheit hervor, die eventuell auch für Vietnam wegweisend sein könnte. Sie gab einen Überblick über das Zusammenspiel von Individualarbeitsrecht und staatlicher Sicherung, insbesondere zur Sozialversicherung und weiteren öffentlichen sozialen Leistungen bis hin zum Mindestlohn und betonte, dass in Deutschland viele Akteure, Behörden und Einrichtungen für die Einhaltung und Sicherung sozialen Schutzes und die Kontrolle der Umsetzung zuständig sind und Gewerkschaften nicht für alles sorgen müssen.

Danach folgte Professor Dr. Vu Quang Tho, Direktor des Forschungsinstituts für Arbeit und Gewerkschaften, zur Rolle des Staates und der Gewerkschaften für den Schutz der Arbeitnehmer in Vietnam. Es gibt wohl mehrere gute Gesetze, die mit Hilfe der Gewerkschaften verfasst wurden, aber ihre Umsetzung lässt zu Wünschen übrig. Die staatseigenen Unternehmen seien bei größeren Gewerkschaftskonferenzen zu fast 90 Prozent vertreten, aber das reiche nicht, zumal die Unternehmen mit Beteiligung ausländischen Kapitals allzu oft Gewerkschaftsbildung verhinderten, so Prof. Tho. Ob auch deutsche Unternehmen unangenehm auffallen, konnten wir nicht erfahren. In der nachfolgenden Debatte zumeist zwischen den vietnamesischen Teilnehmenden wurde die offenbar äußerst schwache Position der Gewerkschaften und der unzureichende staatliche Schutz der ArbeiterInnen in Vietnam debattiert, wobei diverse Punkte Erwähnung fanden: Von 300-350 Streiks allein im letzten Jahr seien über 90 Prozent wilde und

damit illegale Streiks, weil nur von den Gewerkschaften angemeldete Streiks legal seien. Der Großteil sei zumindest „zum Teil erfolgreich“. Aber nicht wegen, sondern trotz der Gewerkschaften komme es zu Erfolgen. Die Gewerkschaften seien obrigkeitshörig und hätten kaum noch Kontakt zu den ArbeiterInnen. Die durchschnittlichen Löhne für ArbeiterInnen liegen bei gerade mal \$US 100-130,- im Monat (wobei auch hier unterschiedliche Zahlen genannt wurden), die Produktivität liege nur bei einem Zwanzigstel von der Singapurs und die Fähigkeiten der vietnamesischen ArbeiterInnen seien einem Debattenteilnehmer zufolge sehr begrenzt.

Ein Thema des Workshops am 25. September war die berufliche Bildung. Karl-Heinz Heinemann (Vorstand RLS NRW) erläuterte das System der dualen Berufsausbildung in Deutschland – das Interesse an diesem Modell war offensichtlich.

Vietnam strebt bis 2020 die Entwicklung zum Industrieland auf einem „grünen“ Wachstumspfad an. Die Berufsbildung spielt dabei eine zentrale Rolle, denn der Bedarf an kompetenten Arbeitskräften steigt stetig mit fortschreitendem Wachstum, neuen fachlich-technischen Herausforderungen und mit Blick auf die regionale und internationale Wettbewerbsfähigkeit. Einerseits herrscht Mangel an FacharbeiterInnen und TechnikerInnen mit praxisorientierter Berufsausbildung, andererseits treten jährlich etwa 1,4 Mio. Menschen in den Arbeitsmarkt ein. Zurzeit verfügen nur etwa 27 Prozent der Beschäftigten über eine ihrer Tätigkeit entsprechende Ausbildung. 15 Prozent haben eine formale Berufsausbildung durchlaufen.

Die Berufsausbildung in Vietnam ist rein schulisch organisiert, und die TeilnehmerInnen müssen Gebühren bezahlen. Auf der anderen Seite, so legte Frau Trinh Thu Nga vom Institut für Sozial- und Arbeitswissenschaften auf dem Seminar dar, wird ein Ausbildungsabschluss kaum mit höherem Lohn honoriert. Kein Wunder also, dass die Ausbildungsbereitschaft nicht sehr hoch ist. Die meisten durchlaufen nur eine Grundausbildung bzw. eine Kurzzeitmaßnahme von drei Monaten. Und sie sind konzentriert auf Branchen mit geringen Kosten, wie Buchhaltung und Kraftfahrer. Mit dieser Art von Berufsausbildung ist Vietnam nicht gerüstet, im internationalen Wettbewerb um höherwertige Produktionsaufgaben mitzuhalten. Die Regierung Vietnams hat daher Beschäftigungsförderung und berufliche Qualifizierung zu ihren zentralen entwicklungspolitischen Zielen erklärt. Bis 2020 soll der Anteil an ausgebildeten Arbeitskräften von derzeit 32 auf 55 Prozent steigen.

So wird auf der einen Seite beklagt, dass es zu wenige junge Menschen gibt,

die eine Ausbildung zur Fachkraft anstreben, auf der anderen Seite wurde in der Diskussion aber eine Art „Akademisierungswahn“ beklagt, ähnlich wie derzeit auch in Deutschland. Zu viele junge Menschen strebten eine Hochschulausbildung an, um dann mit einem akademischen Abschluss als Näherin zu enden, da hätten sie doch besser eine Ausbildung zur Schneiderin gemacht. Wenn es allerdings keine attraktiven Ausbildungsgänge gibt, sie zudem noch selbst finanziert werden müssen, darf man sich nicht wundern, wenn diese Ausbildung nicht konkurrenzfähig zur Hochschulausbildung ist.

Für die Gewerkschaften Vietnams ist es sicher noch eine Zukunftsaufgabe, sich in die Entwicklung qualifizierter Ausbildungsberufe einzuschalten. Vorrangig wäre gewiss, mit einer entsprechenden tariflichen Absicherung für qualifizierte Fachkräfte für materielle Anreize zu sorgen, die qualifizierte Berufsausbildung auch lohnend erscheinen zu lassen.

In Vortrag der Historikerin Mareen Heying ging es um Arbeitsrealitäten von Frauen in der BRD und deren Lebenssituationen, woraufhin in der Diskussion ein Vergleich mit der Situation in Vietnam stattfand. Über Arbeitnehmerinnen in Vietnam referierte Dr. Nguyen Thi Ha. In der Diskussion wurde deutlich, dass in beiden Ländern patriarchale Zustände weiterhin dafür sorgen, dass Frauen im Alltag und Erwerbsleben benachteiligt werden. Zwar ist die Quote an erwerbstätigen Frauen in Vietnam größer als in anderen asiatischen Ländern, dennoch ist sie weit unter der von Männern. Im Parlament liegt sie aktuell bei 24 Prozent. Das Ziel der Gleichbehandlung der Geschlechter ist nicht erreicht - es wird von Seiten der Frauen, wie etwa der engagierten und kämpferischen Mitarbeiterinnen von NAPA versucht umzusetzen. Auch die Frage sexueller Belästigung am Arbeitsplatz wurde überraschend offen thematisiert.

Ein anwesender Gewerkschaftssekretär betonte zur Frage der Streiks und Gewerkschaften, dass es ausschließlich illegale Streiks gebe. Zudem seien sie das allerletzte Mittel für die Streikenden als Protest gegen erbärmliche Verhältnisse und keineswegs eine voreilige Überreaktion. Die Gewerkschaften seien oft äußerst passiv und genießen daher nicht das Vertrauen der Streikenden. Die vielen wilden Streiks schienen viele Anwesende zu beschäftigen. Es ergab sich der Eindruck, dass die Regeln dafür offenbar nicht bekannt und praktikabel sind und dass mangelndes Vertrauen der Arbeitnehmer zu den Gewerkschaften besteht, wofür es Gründe zu geben scheint. Dazu kommt das nicht ausreichende Niveau der Mindestsicherung, der Mindestlöhne, die zu geringen Verbreitung der freiwilligen Sozialversicherung, die fehlende Umsetzung und Kontrolle der sozialen Schutzvorschriften.

26.09.2014, Hanoi: Treffen mit Kooperationspartnern der RLS

Am 26.09. konnten wir zunächst die Leiterin des Instituts für wissenschaftliche Sozialismusstudien der NAPA, Prof. Do Thi Thach, treffen. Das Institut für wissenschaftlichen Sozialismus unter Prof. Thach werde "zu 100 Prozent von Frauen geleitet". Frau Thach nannte uns die ihrer Meinung nach größten Probleme im Lande: Korruption, Ungleichheit, ungleichzeitige Entwicklung, spezifische Probleme der Minoritäten und die Umweltverschmutzung. Frau Thach trug als Leiterin des Instituts die Verantwortung für diese Reise gegenüber der Administration in Vietnam. Sie bekräftigte die Zusammenarbeit mit der RLS und ihrem Büro in Hanoi.

Nach diesem Besuch kamen wir im Büro der RLS SEA mit VertreterInnen der Kooperationspartner der Stiftung zusammen. Nadja Charaby, die Büroleiterin der RLS SEA, stellte die Arbeit der Stiftung im Land vor, die KooperationspartnerInnen berichteten aus ihrer Perspektive. Der Schwerpunkt der Tätigkeit liegt in der Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen. Es wurde deutlich, dass sie die inhaltliche und organisatorische Unterstützung durch die Stiftung sehr positiv einschätzen und auf sie angewiesen sind.

29.09.2014, Hue: Workshop zum Schutz von ArbeiterInnen

Am 29.09. nahmen wir in Hue auf Einladung der Hue University of Science an einem Seminar über "Die Rolle der Gewerkschaften beim Schutz der Rechte von ArbeiterInnen" teil. Sowohl die deutschen als auch die vietnamesischen Beiträge thematisierten die teils katastrophalen Lebensbedingungen für MigrantInnen in Deutschland und Asien.

Die vietnamesischen TeilnehmerInnen, etwa Dr. Le Thi Kim Lan, stellten in ihren Beiträgen die harten Arbeits- und Lebensbedingungen von etwa 4,5 Mio. WanderarbeiterInnen in Vietnam dar, die hauptsächlich im Norden und in Zentralvietnam konzentriert sind. Deren Vertretung durch die Gewerkschaften sei noch weit unzureichender als die der regulären Arbeitskräfte. Auch hierbei wurde wieder die Problematik betont, dass die Gewerkschaften nicht unabhängig und keine glaubwürdige Vertretung der Arbeitskräfte seien. Da sie von den Arbeitgebern organisatorisch und finanziell abhängig seien, könnten sie auch keine Glaubwürdigkeit gewinnen, was in den Unternehmen mit ausländischen Investoren noch deutlicher als bei den staatseigenen Betrieben zutage trete.

Der deutsche Beitrag zum "Schutz der Arbeitsmigranten in Ostasien" des Sinologen Alexander Schröder stellte viele ähnliche Probleme von transnationalen ArbeitsmigrantInnen in Japan, Korea und Taiwan sowie von WanderarbeiterInnen in China fest. Auch für sie sei ein zentrales Problem, dass die Gewerkschaften ihre Interessen zugunsten der Interessen der Kernbelegschaften, des Staates und des Kapitals vernachlässigten. Die starke Spaltung der ArbeiterInnen in Ostasien nach Herkunft und Qualifikation verstärkte diese Einseitigkeit. Gewerkschaftliche Vertretung durch autonome Gewerkschaften und migrantische Organisationen, Ausbau von Sozialstaatlichkeit und transnationale Kooperation wären womöglich geeignete Mittel zur Lösung der Problematik. Wir, die deutschen TeilnehmerInnen warnten davor, in diesen Bereichen europäische Modelle der letzten Jahrzehnte blind zu kopieren.

Der Beitrag des ver.di-Sekretärs Benedikt Frank über die gewerkschaftliche Arbeit im Einzelhandel in Deutschland stellte die herausragende Bedeutung der (Selbst-)Ermächtigung von MigrantInnen und ArbeiterInnen heraus, die auch in Deutschland teils durch eine Top-Down-Politik der Gewerkschaften gestört werde. Partizipation und Bewegung "von unten" seien besonders wichtig, um die Interessen der ArbeiterInnen effektiv durchsetzen zu können.

Der Beitrag der Juristin Güldane Tokyürek behandelte die Arbeitsmigration von Hochqualifizierten nach Deutschland auf der Grundlage der "Blauen Karte EU". Restriktive Regelungen setzen einer Arbeitsmigration nach Deutschland einen sehr engen Rahmen. Entgegen den anderen Vorträgen, die von den sehr schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen von WanderarbeiterInnen handelten, zeigte der Vortrag über die Arbeitsmigration am Beispiel der „Blauen Karte EU“, dass bessere Bedingungen nicht unbedingt ausreichen, um die Einwanderung attraktiver zu machen, sondern eine Willkommenskultur ebenso wichtig sei.

01.-02.10.2014, Ho Chi Minh City: Wohnungspolitik für die Armen

In HCMC nahmen wir am 1. und 2. Oktober an einem Workshop zum Thema "Housing in poor areas of Ho Chi Minh City and solutions for a better future living environment" teil. Die Veranstaltung hatte zwei Teile: Eine Einführung in das Themenfeld durch mehrere Vorträge und allgemeine Diskussion sowie einen Workshop-Teil, in dem einzelne Themengebiete weiter vertieft

wurden. Im ersten Teil wurde das Themenfeld aufgespannt und die spezifischen Wohnraum-Probleme in HCMC aufgezeigt, wobei auch die Wohnungspolitik in Hanoi und Zentralvietnam eine wichtige Rolle spielte. Die deutschen Referate waren in diesen ersten Teil integriert. Die vietnamesischen Beiträge behandelten die Wohnsituation armer Menschen in Hanoi und HCMC und den Aufbau von Sozialwohnungen.

Auch hier wurde wieder kontrovers diskutiert. Die Probleme der armen Bevölkerung wurden vielseitig problematisiert. Auch hier lernten wir durchaus kontroverse Auffassungen unter den vietnamesischen WissenschaftlerInnen und TeilnehmerInnen aus der Administration und den gesellschaftlichen Organisationen kennen. Die einen verwiesen auf den sehr verbreiteten Besitz von Handys, PCs und Mopeds: das spreche doch dagegen, dass diese Menschen wirklich arm seien. Andere verwiesen dagegen darauf, dass selbst AkademikerInnen so schlecht bezahlt würden, dass sie mehrere Jobs zum Überleben bräuchten. Das Bewusstsein für Umweltschutz sei unterentwickelt, Menschen würden zwangsweise umgesiedelt, die soziale Schere öffne sich zusehends. Gibt es Elendsquartiere in den vietnamesischen Städten? Wie werden Durchschnittslöhne erfasst? Wird Politik nicht nur „von oben“ gemacht? Argumentieren WissenschaftlerInnen nicht realitätsfern? Die kontroverse Debatte um diese Fragen eröffnete uns in diesem Seminar Einblicke in die gesellschaftliche Realität, wie sie sonst in dieser kurzen Besuchzeit kaum möglich wären.

Nachmittags verteilten sich die Anwesenden auf drei Arbeitsgruppen, für die die Stiftung jeweils Übersetzungen sicherstellte. Arbeitsgruppe 3 beschäftigte sich z.B. mit Ansätzen der Wohnungspolitik für die Armen. PhD Pham Thai Son von der vietnamesisch-deutschen Universität in Saigon referierte über Konzepte (gesetzliche Regelungen und Programme), Strategien und Verfahren sozialer Wohnungsförderung. Danach wurde über eine Untersuchung zur Wirksamkeit der Sozialpolitik für die Armenviertel der Stadt berichtet. Es wurde erörtert, inwiefern diese Programme an den Bedürfnissen der Bevölkerung in einem stabilen Umfeld ihren Lebensunterhalt zu sichern, vorbeigingen. Außerdem wurden vergleichend Konzepte zur sozialen Wohnungspolitik in benachbarten Staaten - Singapur, Japan und Korea vorgestellt und diskutiert, inwieweit sie Modelle für Vietnam sein könnten.

Im Anschluss an die Tagung folgten einige TeilnehmerInnen der Einladung von Frau Vo Thi Hong Loan, einer Vertreterin der NGO Habitat Vietnam, welche sich mit Wohnungsentwicklung im städtischen, aber auch im ländlichen Raum befasst und umfangreiche handwerkliche und hygienische Bera-

tung, aber auch Finanzberatung anbietet - und besuchten sie in ihrem Büro im ersten Distrikt.

In Vietnam findet derzeit eine starke Migrationsbewegung vom Land in die Städte statt, wobei HCMC am stärksten davon betroffen ist. Der Staat kann selber nicht genügend Wohnraum zur Verfügung stellen, worunter besonders die ärmere Bevölkerung zu leiden hat. Wohneigentum hat in Vietnam eine hohe Priorität und daher sind auch über 90 Prozent der Wohnungen Eigentumswohnungen. Zum Erwerb einer Wohnung gab es zeitweise staatliche Zuschüsse. Durch das Wachstum von HCMC und den technischen Fortschritt hat sich das Stadtbild in den vergangenen Jahren drastisch verändert. Armut ist nicht unbedingt offensichtlich aber sie existiert. Es gibt jedoch keine verbindlichen Armutskriterien. Entsprechend wurde unter den Teilnehmenden über mögliche Indikatoren und deren Bemessung diskutiert. So berichtete Herr Nguyen Thi Hong Xoan von einer Studie, in der 2.391 Haushalte in Hanoi befragt wurden. Es handelte sich hierbei jedoch nur um Haushalte mit dauerhaftem Wohnrecht. Doch in HCMC leben sehr viele Menschen unangemeldet. In sehr wohlhabenden Haushalten haben die Menschen im Durchschnitt 37 qm pro Person zur Verfügung, in ärmeren durchschnittlich 18 qm. In Hanoi verfügen inzwischen 78 Prozent der Haushalte über eine eigene Toilette.

Auf die konkrete Wohnraumsituation für ärmere Menschen in HCMC ist Frau Prof. Tran Thi Kim Xuyen in ihrem Vortrag eingegangen. In HCMC leben derzeit rund 8 Mio. Menschen und es findet eine rasante demographische Entwicklung statt. 2006 wurde ein neues Wohnbaugesetz verabschiedet, durch das die Förderung von Wohnbau verstärkt geregelt werden sollte, sowohl für Beamtenwohnungen als auch für kommerzielle Wohnungsanbieter. Ein beträchtlicher Anteil des dadurch neu entstandenen Wohnraums wurde staatlich gefördert. Die Förderung des Wohnungsbaus erfolgt durch billige Kredite. Die politischen Maßnahmen werden als beruhigend wahrgenommen.

Durch die Beiträge von Dr. Judith Vey und Daniela Glagla ist zunächst deutlich geworden, dass sich die Gruppen der MigrantInnen in Vietnam und Deutschland anders zusammensetzen. Während (Arbeits-)Migration in Vietnam derzeit besonders inländisch stattfindet, stehen in Deutschland auf der einen Seite Migrantinnen und Migranten aus deutschen Nachbarländern im Fokus, aber auch Asylsuchende und Flüchtlinge von anderen Kontinenten.

Der Vortrag von Daniela Glagla (Vorstand RLS NRW) behandelte die sozial-

politische Berücksichtigung von MigrantInnen am Beispiel der psychiatrischen Gesundheitsversorgung und dem sozialen Wohnungsbau. In den 90er Jahren wurden im Zuge der Privatisierung von staatlichen Betrieben wie der Bahn und der Post auch große städtische Wohnungsbestände veräußert. Der Staat hat sich zunehmend aus dem Wohnungsbau zurückgezogen. Während 1991 noch 3 Mio. Wohnungen den Regelungen des Sozialen Wohnungsbaus unterlagen, waren es 2011 nur noch 1,6 Mio.. Selbst diese Reste sind oft nicht sozial, da die Mieten zu hoch liegen. Die Mieten sind seit Anfang der 1990er Jahre bundesweit um fast 62 Prozent gestiegen. Die durchschnittlichen Haushaltseinkommen haben sich jedoch nur um 46 Prozent erhöht. Besonders hart trifft es die armen Familien mit weniger als 60 Prozent des lokalen Durchschnittseinkommens: Für sie sind bundesweit nur 12 Prozent der familiengeeigneten Wohnungen bezahlbar. Steigende Mieten sind ein gesamtgesellschaftliches Problem. Die geschätzte Zahl der Obdachlosen lag 2012 bundesweit bei etwa 280.000.

Der Vortrag der Soziologin Dr. Judith Vey stellte die Situation von FluchtmigrantInnen in Deutschland und diesbezügliche Prozesse der Selbstorganisation in den Vordergrund. Zurzeit sind laut dem UN-Flüchtlingshilfswerk ca. 45 Mio. Menschen weltweit auf der Flucht. Nur ein Bruchteil der Geflüchteten erreicht Europa. In den 28 EU-Ländern wurden 2013 insgesamt 434.000 Asylanträge eingereicht – eine sehr geringe Zahl, wenn man die Anzahl der weltweiten Flüchtlinge betrachtet. Die Flüchtlinge kommen vor allem aus Ländern, die sich im Kriegszustand befinden oder aus Diktaturen, wie z.B. Syrien, Afghanistan oder Eritrea. In Deutschland ist die Anzahl der Asylanträge aufgrund der Änderungen der Asylgesetzgebung 1993 stark gesunken, steigt jedoch seit 2008 wieder stark an. Im Jahr 2014 werden 200.000 Anträge erwartet. Während des Asylverfahrens haben Asylsuchende das Recht auf Unterkunft, Verpflegung und basale Gesundheitsversorgung. Diese gestaltet sich jedoch sehr unterschiedlich und z.T. sehr schlecht. Aus diesem Grund haben sich zum einen UnterstützerInnennetzwerke gebildet, zum anderen haben sich die Flüchtlinge selbst organisiert. Diese Thematik wurde im zweiten Teil des Vortrags genauer beleuchtet. Als UnterstützerInnennetzwerk wurde der „Antirassistische Einkauf“ vorgestellt, bei dem Lebensmittelgutscheine von den Geflüchteten abgekauft werden. Auf diese Weise erhalten die Flüchtlinge Bargeld und können so ein Stück weit selbst darüber bestimmen, wo und für was sie Geld ausgeben möchten. Das zweite Beispiel war der medial viel beachtete „Refugee March“, bei dem ca. 50-100 Flüchtlinge und UnterstützerInnen zu Fuß von Süddeutschland nach Berlin gegangen sind, um auf ihre miserable, entrechtete Situation aufmerksam zu machen. Forderungen waren Abschaffung der „Residenzpflicht“, der „Lager“ und der Stopp von Abschiebungen.

In der anschließenden Diskussion haben die vietnamesischen TeilnehmerInnen besonders Sinn und rechtliche Begründung der Residenzpflicht (eines weltweit einmaligen Gesetzes), die genauen Bestimmungen bezüglich der Arbeitserlaubnis und die Situation der vietnamesischen MigrantInnen in Deutschland interessiert.

Im Rahmen dieses Workshops standen z.B. Fragen der methodischen Herangehensweise (quantitative Fragebogenerhebung vs. qualitative ethnografische Forschung) im Konflikt. Neben der engeren Thematik des sozialen Wohnungsbaus wurden auch allgemein Fragen der Auswirkungen der schnellen ökonomischen Entwicklung auf die Umwelt diskutiert. Vor allem am zweiten Tag, an dem die Ergebnisse der am ersten Tag stattgefundenen Workshopphase vorgestellt wurden, wurden diesbezügliche Debatten geführt. Das allseits sichtbare Problem der Umweltverschmutzung und insbesondere der Vermüllung scheint eine der zentralen Herausforderungen zu sein, die durch das hohe, anhaltende Wirtschaftswachstum in Vietnam produziert wird und zu der die politisch Verantwortlichen keine Lösung haben. In dieser Hinsicht schienen auch die vietnamesischen Teilnehmenden sehr ratlos. Als Lösungsansätze wurden Umweltbildung in den Schulen und die Einführung hoher Bußgelder diskutiert. Die Frage, wieviel Wachstum sozial und ökologisch sinnvoll ist und ob die Menschheit und der Planet überhaupt mehr Wachstum vertragen kann, wurden jedoch nicht diskutiert.

Auch hinsichtlich der Vielzahl der staatlich angeordneten Zwangsumsiedlungen ließ sich keine einfache Lösung entwickeln. Die vietnamesische Regierung ordnet diese zu Tausenden an, um Infrastruktur-Großprojekte, Einkaufszentren o.ä. zu errichten. Den zwangsumgesiedelten Menschen wird Wohnraum in großen Hochhaussiedlungen zur Verfügung gestellt. Diesen nutzen die Zwangsumgesiedelten jedoch oft nicht, da diese Siedlungen fernab ihrer sozialen und ökonomischen Infrastruktur liegen. Die Umsiedlungspolitik verfehlt daher ihr Ziel und verschlechtert stattdessen die Wohnsituation vieler VietnamesInnen.

In ihrem Schlusswort wurde seitens der WorkshoporganisatorInnen bemängelt, dass viele Regierungsbehörden und Organisationen ihrer Einladung zu dem Workshop nicht gefolgt seien, was von den TeilnehmerInnen sehr bedauert und kritisiert wurde. Alle zuständigen Behörden würden einen Abschlussbericht mit den zentralen Ergebnissen des Workshops erhalten. Für Vietnamesisch Sprechende findet sich eine Zusammenfassung mit Fotos unter diesem Link:

<http://hcmussh.edu.vn/?ArticleId=8320981b-ddaa-4bf0-89db-f68cd4a6a065>

02.10.2014, Ho Chi Minh City: Treffen mit dem Leiter der deutschen Außenhandelskammer in HCMC

Am frühen Abend des zweiten Workshoptages trafen wir uns mit dem Leiter der deutschen Außenhandelskammer in Vietnam. Er erläuterte uns aktuelle Entwicklungen der vietnamesischen Wirtschaft, allgemein des asiatischen Raums und der Handelsbeziehungen zwischen Vietnam und Deutschland. Die Situation von ArbeitnehmerInnen in deutschen Betrieben bewertete er überwiegend positiv, was den Berichten der vietnamesischen ReferentInnen über die miserablen Arbeitsbedingungen in nicht-vietnamesischen Firmen auf den vorangegangenen Workshops widersprach. Vietnam verhandle zudem mehrere Freihandelsabkommen mit westlichen Ländern und Regionen. Wie sich dies auf die Arbeitsbedingungen auswirken wird, werde sich in der Zukunft zeigen.

Fazit: Deutsche Vorstellungen und gesellschaftliche Realitäten Vietnams

Die Reise hat den Reiseteilnehmenden spannende Einblicke in die vietnamesische Gesellschaft ermöglicht, die durch bloße Lektüre undenkbar gewesen wären. Dabei spielte die Vielfalt der Eindrücke eine große Rolle. Zunächst sind die Erinnerungen der älteren Teilnehmenden zu nennen, die in der studentisch geprägten Antikriegsbewegung gegen den Vietnamkrieg protestiert hatten. Auch hatten sich die jüngeren Teilnehmenden ihre Vorstellungen vom vietnamesischen Ein-Parteien-System und der sozialistischen Marktwirtschaft gemacht, welches es sich auf die Fahnen schreibt. So bedrückend manche Aspekte der diskutierten Realität dieser Marktwirtschaft sind, so positiv empfanden wir aber den überraschend offenen Umgang mit denselben. Neben dem offiziellen Part vermittelten auch informeller Austausch mit den vietnamesischen KollegInnen und eigenständige Erkundung uns erstaunliche Einblicke in die gesellschaftlichen Realitäten des Landes. Einerseits haben sich viele Ideen über Vietnam bestätigt: Es ist in der Tat noch ein „Entwicklungsland“ mit vielen aus linker Sicht entwicklungsbedürftigen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, wie etwa der Geschlechtergleichheit, der Armut- und Ungleichheitsbekämpfung, des politischen Pluralismus, der Interessenvertretung und Partizipation. Allerdings wurde im Austausch mit vietnamesischen VertreterInnen der Gewerkschaften, der Forschung, der Verwaltung und der Zivilgesellschaft auch klar, dass es durchaus kritisches Bewusstsein dieser Probleme gibt. Klar wurde bei diesem Austausch zudem, dass uns diese Probleme keineswegs unbe-

kannt sind, sondern weiterhin die Wirklichkeit in Deutschland prägen. Entsprechend wurde von deutscher Seite betont, dass das deutsche Modell der Marktwirtschaft der vietnamesischen Gesellschaft nicht übergestülpt werden sollte. Angesichts fehlender Rezepte auch bei den vietnamesischen KollegInnen dürften emanzipatorische Anstöße eher aus der Zivilgesellschaft Vietnams kommen. In diesem Zusammenhang ist es erwähnenswert, dass wir leider keine Gelegenheit hatten, gezielt Fabriken, Farmen oder ärmere Wohngegenden zu besichtigen und mit den BürgerInnen ebenso offen zu sprechen wie mit den KollegInnen. Immerhin sprach man in den Workshops über sie. Es wäre ein begrüßenswerter Schritt, wenn diese Lücke künftig geschlossen würde. Es dürfte unbestritten sein, dass solcher Austausch für beide Seiten von Nutzen war und weiterentwickelt werden sollte.

Über die Rosa-Luxemburg-Stiftung

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung gehört zu den großen Trägern politischer Bildungsarbeit in der Bundesrepublik Deutschland. Sie versteht sich als ein Teil der geistigen Grundströmung des demokratischen Sozialismus. Hervorgegangen aus dem 1990 in Berlin gegründeten Verein »Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V.«, entwickelte sich die Stiftung zu einer bundesweit agierenden Institution politischer Bildung, zu einem Diskussionsforum für kritisches Denken und politische Alternativen sowie zu einer Forschungsstätte für eine progressive Gesellschaftsentwicklung. An der Arbeit der Stiftung beteiligen sich viele ehrenamtliche Akteure.

Disclaimer

Die Ausführungen stellen die Meinung der AutorInnen dar und stimmen nicht notwendigerweise mit denen der Rosa-Luxemburg-Stiftung überein.